

Kärntner Landesgesetzblatt

Jahrgang 2001

Herausgegeben am 27. März 2001

10. Stück

21. Gesetz:	Landesabgabenordnung 1991; Änderung
22. Gesetz:	Verleihung der Bezeichnung „Marktgemeinde“ an die Gemeinde Frantschach-St. Gertraud
23. Verordnung:	Kärntner Fischereischonzeitenverordnung

21. Gesetz vom 21. Dezember 2000, mit dem die Landesabgabenordnung 1991 geändert wird

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen:

Die Landesabgabenordnung 1991 – LAO 1991, LGBl. Nr. 128, in der Fassung der Gesetze LGBl. Nr. 51/1993, 138/1993, 44/1997, 10/1999, 54/2000 und der Kundmachung LGBl. Nr. 83/1992, wird wie folgt geändert:

1. Die Buchstabenabkürzung im Titel des Gesetzes lautet „K-LAO“.

2. Im § 1 Abs. 1 lit. a wird das Zitat „BGBL. Nr. 172/1950“ durch die Jahreszahl „1991“ ersetzt.

3. § 1 Abs. 3 entfällt.

4. Im § 2 Abs. 2 lit. c werden die Worte „Zwangs- und Ordnungsstrafen“ durch die Worte „Zwangs-, Ordnungs- und Mutwillensstrafen“ ersetzt.

5. Im § 8 werden die Worte „Zwangs- und Ordnungsstrafen“ durch die Worte „Zwangs-, Ordnungs- und Mutwillensstrafen“ ersetzt.

6. Im § 32 Abs. 1 erster Satz entfallen die Worte „zumindest überwiegend im Bundesgebiet“.

7. § 32 Abs. 1 zweiter Satz lautet:

„Auf Verlangen der Abgabenbehörde haben Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die im Inland weder ihren Sitz noch ihre Geschäftsleitung (§ 25) haben, nachzuweisen, dass sie die Voraussetzungen des ersten Satzes erfüllen.“

8. Im § 44 wird das Zitat „des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBL. Nr. 223, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBL. Nr. 587/1983“ durch das Zitat „des Umsatzsteuergesetzes 1994, BGBL. Nr. 663“ ersetzt.

9. Im § 45 wird das Zitat „Krankenanstaltenordnung 1978, LGBl. Nr. 34“ durch das Zitat „Krankenanstaltenordnung 1999, LGBl. Nr. 51“ ersetzt.

10. Im § 57 Abs. 2 lit. a werden die Worte „Zwangs- oder Ordnungsstrafe“ durch die Worte „Zwangs-, Ordnungs- oder Mutwillensstrafe“ ersetzt.

11. Im § 80 Abs. 3 entfallen die Worte „in der Fassung BGBL. Nr. 564/1985“ sowie die Worte „in der Fassung BGBL. Nr. 297/1984“.

12. Die Überschrift vor § 87 lautet:

„J. Zwangs-, Ordnungs- und Mutwillensstrafen.“

13. Nach § 88 wird folgender § 88a eingefügt:

„§ 88a

Gegen Personen, die offenbar mutwillig die Tätigkeit der Abgabenbehörde in Anspruch nehmen oder in der Absicht der Verschleppung der Angelegenheit unrichtige Angaben machen, kann die Abgabenbehörde eine Mutwillensstrafe bis S 5000,- verhängen.“

14. Im § 98 entfallen die Worte „zuletzt geändert durch BGBL. Nr. 660/1989“.

15. § 102 lautet:

„§ 102

Bücher und Aufzeichnungen sowie die zu den Büchern und Aufzeichnungen gehörigen Belege sind sieben Jahre aufzubewahren; darüber hinaus sind sie noch so lange aufzubewahren, als sie für die Abgabenerhebung betreffende anhängige Verfahren von Bedeutung sind, in denen diejenigen Parteistellung haben, für die auf Grund von Abgabenvorschriften die Bücher und Aufzeichnung zu führen waren oder für die ohne gesetzliche Verpflichtung Bücher geführt wurden. Soweit Ge-

schäftspapiere und sonstige Unterlagen für die Abgabenerhebung von Bedeutung sind, sollen sie sieben Jahre aufbewahrt werden. Diese Fristen laufen für die Bücher und die Aufzeichnungen vom Schluss des Kalenderjahres, für das die Eintragungen in die Bücher oder Aufzeichnungen vorgenommen worden sind, und für die Belege, Geschäftspapiere und sonstigen Unterlagen vom Schluss des Kalenderjahres, auf das sie sich beziehen; bei einem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahr laufen die Fristen vom Schluss des Kalenderjahres, in dem das Wirtschaftsjahr endet.“

16. § 148 Abs. 4 erster Satz lautet:

„Grundsteuer-, Kanalanschlussbeitrags-, Wasseranschlussbeitrags- und Aufschließungsbeitragsbescheide wirken auch gegen die Rechtsnachfolger, auf die der Steuergegenstand nach dem Festsetzungszeitpunkt übergegangen ist oder übergeht.“

17. Nach § 148 wird folgender § 148a eingefügt:

„§ 148a

(1) Soweit aufgrund der Abgabenvorschriften dem Abgabepflichtigen eine Abgabe in jährlich gleichbleibender Höhe vorzuschreiben ist, darf die Abgabenbehörde bei der erstmaligen Festsetzung der Abgabe im Abgabenbescheid festlegen, dass diese Festsetzung auch für die folgenden Jahre gilt, soweit nicht infolge einer Änderung der Voraussetzungen für die Festsetzung oder auf Antrag des Abgabepflichtigen ein neuer Abgabenbescheid zu erlassen ist oder der Abgabeananspruch erlischt.

(2) Der Abgabeananspruch entsteht, soweit in den Abgabenvorschriften nichts anderes bestimmt wird, mit dem Beginn des Kalenderjahres, für das die Abgabe erhoben werden soll.

(3) Für die Fälligkeit der Abgabe sind die Abgabenvorschriften maßgebend.“

18. Im § 154 Abs. 3 wird das Wort „Ordnungsstrafe“ durch die Worte „Zwangs-, Ordnungs- und Mutwillensstrafen“ ersetzt.

19. Dem § 169 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Bei vom abgabenrechtlich Haftungspflichtigen selbst zu berechnenden und zum selben Fälligkeitstag zu entrichtenden Abgaben derselben Art ist für die Anwendung des ersten Satzes die Summe der Bemessungsgrundlagen dieser Abgaben maßgebend, soweit die Gebahrung dieser Abgaben nicht getrennt voneinander zu verbuchen ist.“

20. Im § 208 Abs. 2 erster Satz werden nach

dem Wort „darf“ die Worte „- außer wenn sie dem Berufungsbegehren vollinhaltlich Rechnung trägt -“ eingefügt.

21. § 230 lautet:

„§ 230

Die Entscheidung über die Wiederaufnahme des Verfahrens steht der Abgabenbehörde zu, die den Bescheid in erster Instanz erlassen hat. Ist im abgeschlossenen Verfahren die Zuständigkeit auf Grund eines Antrages gemäß § 236 Abs. 2 auf die Abgabenbehörde zweiter Instanz übergegangen, so steht die Entscheidung über die Wiederaufnahme des Verfahrens der Abgabenbehörde erster Instanz zu.“

22. Nach § 245 wird folgender § 246 samt Überschrift angefügt:

„Verweisungen
§ 246

(1) Soweit in diesem Gesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird, sind diese in der nachstehenden Fassung anzuwenden:

- a) Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB), JGS Nr. 946/1811, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 44/2000;
- b) Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG), BGBl. Nr. 51/1991, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 29/2000;
- c) Bewertungsgesetz 1955 (BewG 1955), BGBl. Nr. 148, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 28/1999;
- d) Bundesabgabenordnung (BAO), BGBl. Nr. 194/1961, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 194/1999;
- e) Exekutionsordnung (EO), RGrBl. Nr. 79/1896, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 59/2000;
- f) Finanz-Verfassungsgesetz 1948 (F-VG 1948), BGBl. Nr. 45/1948, zuletzt in der Fassung BGBl. Nr. 194/1999;
- g) Gesetz vom 3. Mai 1868 zur Regelung des Verfahrens bei den Eidesablegungen vor Gericht, RGrBl. Nr. 33/1868, zuletzt in der Fassung StGrBl. 47/1945;
- h) Kommunalsteuergesetz 1993 (KommStG 1993), BGBl. Nr. 819, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 10/1998;
- i) Strafgesetzbuch (StGB), BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 58/2000;
- j) Umsatzsteuergesetz 1994 (UStG 1994), BGBl. Nr. 663/1994, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 29/1999;
- k) Verfassungsgerichtshofgesetz (VerfGG 1953), BGBl. Nr. 85/1953, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 95/2000;

- l) Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 (VwGG), BGBl. Nr. 10, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 31/2000;
- m) Zivilprozessordnung (ZPO), RGrBl. Nr. 113/1895, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 26/2000;
- n) Zustellgesetz, BGBl. Nr. 200/1982, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 158/1998.

(2) Soweit in diesem Gesetz auf Bestimmungen anderer Landesgesetze verwiesen wird, sind diese Bestimmungen in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.“

Der Präsident des Kärntner Landtages:

DI Freunschlag

Der Landeshauptmann:

Dr. Haider

22. Gesetz vom 21. Dezember 2000, mit dem der Gemeinde Frantschach-St. Gertraud die Bezeichnung „Marktgemeinde“ verliehen wird

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen:

Artikel I

Der Gemeinde Frantschach-St. Gertraud wird die Bezeichnung „Marktgemeinde“ verliehen.

Artikel II

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 2001 in Kraft.

Der Präsident des Kärntner Landtages:

DI Freunschlag

Der Landesrat:

Wurmitzer

23. Verordnung der Landesregierung vom 6. März 2001, Zahl: -11-FIAG-23/2-2001, über die Schonzeiten und Mindestfangmaße (Brittelmaße) für Wassertiere (Kärntner Fischereischonzeitenverordnung – K-FSV)

Auf Grund des § 34 Abs. 1 des Kärntner Fischereigesetzes, LGrBl. Nr. 62/2000, wird verordnet:

§ 1

Schonzeiten

(1) Schonzeiten werden für die nachstehend angeführten Fischarten wie folgt festgesetzt:

- | | |
|--|-----------------------------|
| 1. Aalrutten | 1. Dezember bis 28. Februar |
| 2. Äschen | 1. Jänner bis 31. Mai |
| 3. a) Bachforellen | 16. September bis 15. April |
| 3. b) Bachforellen in der Drau | 16. September bis 31. März |
| 4. Bachsaiblinge | 16. September bis 15. April |
| 5. Barben | 1. Mai bis 30. Juni |
| 6. Bitterlinge | 1. Jänner bis 31. Dezember |
| 7. Forellenbarsche | 16. April bis 30. Juni |
| 8. Frauenerflinge | 1. Jänner bis 31. Dezember |
| 9. Hechte, ausgenommen im Weißensee sowie in der Drau zwischen der Einmündung der Lieser und der Einmündung der Gail | 1. Jänner bis 30. April |
| 10. Huchen | 1. Februar bis 31. Mai |
| 11. Karpfen, ausgenommen in der Drau, im Ossiacher See, Millstätter See, Faaker See, Weißensee, Längsee, Leonharder See und Vassacher See sowie im Abfluss des Pressegger Sees | 16. Mai bis 30. Juni |
| 12. Mairanken (Seelauben) | 1. Jänner bis 31. Dezember |
| 13. Nasen | 16. März bis 15. Juni |
| 14. Regenbogenforellen | 1. Jänner bis 15. April |
| 15. Reinanken, Maränen | 1. November bis 28. Februar |
| 16. Schleien | 1. Juni bis 30. Juni |
| 17. Schmerlen | 1. Jänner bis 31. Dezember |
| 18. Schneider | 1. Jänner bis 31. Dezember |
| 19. Seeforellen | 1. Oktober bis 28. Februar |
| 20. Seesaiblinge, ausgenommen in Seen über der Waldgrenze | 1. Oktober bis 28. Februar |
| 21. Steinbeißer | 1. Jänner bis 31. Dezember |
| 22. Sterlet | 1. Jänner bis 30. Juni |
| 23. Streber | 1. Jänner bis 31. Dezember |
| 24. Strömer | 1. Jänner bis 31. Dezember |

25. Welse (Waller)	15. Mai bis 15. Juli
26. Zährten (Rußnasen)	1. Jänner bis 15. Juni
27. Zander	1. Jänner bis 31. Mai
28. Zingel	1. Jänner bis 31. Dezember

(2) Schonzeiten werden für die nachstehend angeführten Krustentierarten wie folgt festgesetzt:

1. Fluss-(Edel-)krebse	1. Oktober bis 30. Juni
2. Steinkrebse	1. Jänner bis 31. Dezember
3. Dohlenkrebse	1. Jänner bis 31. Dezember

(3) Schonzeiten werden für die nachstehend angeführten Muschelarten wie folgt festgesetzt:

1. Gemeine Flussmuscheln (<i>Unio crassus</i>)	1. Jänner bis 31. Dezember
2. Mahlermuscheln (<i>Unio pictorum</i>)	1. Jänner bis 31. Dezember
3. Gemeine Teichmuscheln (<i>Anodonta anatina</i>)	1. Jänner bis 31. Dezember
4. Große Teichmuscheln (<i>Anodonta cygnea</i>)	1. Jänner bis 31. Dezember

§ 2

Mindestfangmaße

(1) Nachstehend angeführte Fisch- und Krustentierarten dürfen nicht unter dem folgenden Mindestfangmaß gefangen werden:

1. Aalrutten	25 cm
2. Äschen	30 cm
3. Bachforellen	22 cm
4. Bachsaiblinge	22 cm
5. Barben	30 cm
6. Brachsen	30 cm
7. Forellenbarsche	25 cm
8. Hechte	55 cm
9. Huchen	85 cm
10. Karpfen	30 cm
11. Nasen	25 cm
12. Regenbogenforellen	24 cm
13. a) Reinanken, Maränen, ausgenommen im Millstätter See, Faaker See und Weißensee	30 cm
b) Reinanken, Maränen im Millstätter See	40 cm
c) Reinanken, Maränen im Faaker See und Weißensee	35 cm
14. Schleien	25 cm
15. Seeforellen	60 cm
16. Seesaiblinge, ausgenommen in Seen über der Waldgrenze	30 cm
17. Sterlet	40 cm
18. Welse (Waller)	70 cm
19. Zährten (Rußnasen)	25 cm
20. a) Zander, ausgenommen im Ossiacher See	45 cm
b) Zander im Ossiacher See	50 cm
21. Fluss-(Edel-)krebse	12 cm

(2) Die im Abs. 1 angeführten Mindestfangmaße sind von der Kopfspitze bis zum Ende der Schwanzflosse (Schwanzende) zu rechnen.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt an dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

Der Landeshauptmann:

Dr. H a i d e r

Der Landesamtsdirektor:

Dr. S l a d k o